



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Patzelt, Julius: Die orientalische Frage : (Fortsetzung)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die orientalische Frage

Von Julius Paßelt in Wien

(Fortsetzung)



Auch den andern Mächten konnten diese Vorteile natürlich kein Geheimnis sein; man war bestürzt, vergaß aber sich selbst und den eignen Mangel an Boraussicht anzuklagen. Nichtsdestoweniger mußte der Adrianopler Friede, „weil er das europäische Gleichgewicht in empfindlicher Weise störte,“ die Keime neuer Verwicklungen enthalten. Vorläufig hatte die diplomatische Siegeslaufbahn Rußlands ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht. Die griechische Frage war ganz im Sinne Rußlands durch Errichtung eines selbständigen Königreichs gelöst, dessen Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit man auch fürsorglich sofort durch Verleihung einer möglichst demokratischen Verfassung unterband; dank der Indolenz Frankreichs und Englands hatte das Jahr 1830 für Rußland in Polen keine gefährlichen Verwicklungen gebracht, und die kopflose Politik der verbündeten Kabinette von Paris und London in der Sache Mehmed Ali zwang die Pforte, bei Rußland Schutz vor dem rebellischen Vizekönig von Ägypten zu suchen. Rußland sah sich dafür mit dem Vertrage von Hunkiar Skelessi (1833) belohnt. Rußland und die Pforte kamen überein, sich gegenseitig Ruhe und Sicherheit zu gewähren — wobei natürlich von vornherein der Stärkere im Vorteil war; damit aber die Pforte durch die Last dieser Verpflichtung nicht allzuschwer gedrückt werde, begnügte sich Rußland damit, daß die Pforte gegebenenfalls zugunsten Rußlands die Dardanellen fremden Kriegsschiffen verschließe. — Rußland betrachtete das Schwarze Meer danach schon als einen russischen Binnensee, was England auch sehr bald erfuhr. Als dann Europa die Türkei nach der Schlacht von Nisib (1839) nochmals vor Mehmed Ali „gerettet“ hatte, wurden in einer Konvention vom 13. Februar 1841 die erwähnten Bestimmungen über die Meerengen dahin abgeändert, daß die Pforte, solange sie im Frieden wäre, keine fremden Kriegsschiffe in die Dardanellen und in den Bosphorus einlasse, mit Ausnahme der für den Dienst der Gesandten bestimmten leichten Stationschiffe.

Der Zeitraum von 1833 bis 1841 ist zweifellos der, wo Rußland den Höhepunkt seiner Machtstellung im europäischen Orient erklommen hatte. In Konstantinopel gebot es fast unumschränkt, die Donaufürstentümer standen, wenn auch nicht formell, unter seiner Botmäßigkeit, und ein 1840 zwischen Osterreich und Rußland abgeschlossener Vertrag belehrt darüber, daß Rußland auch das Recht zuerkannt worden war, jeder Macht — auch der Türkei —

die Schifffahrt auf der Donau zu verbieten, falls diese Macht mit Rußland im Kriege läge; im übrigen trug es das seinige dazu bei, durch Vernachlässigung des Zustandes des Fahrwassers den Donauverkehr möglichst zu erschweren. — Die Gefahr, die Rußland drohte, lag in einer Vereinigung Österreichs, Englands und Frankreichs, und deshalb richtete es nun diplomatisch alle seine Bemühungen darauf, eine solche Koalition zu verhindern und das schon bestehende englisch-französische Bündnis zu sprengen. Zunächst hatten überseeische Differenzen zwischen diesen beiden Staaten schon Verstimmungen erzeugt, die Rußland benutzte, sich England zu nähern, und von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe im Orient ausgehend, den Vorschlag zu machen, daß sich London und Petersburg für den Fall des Ausbruchs dieser Katastrophe verständigen sollten, um die übeln Folgen einer solchen für Europa abzuwenden. Diese Eröffnungen waren geeignet, England für die nächsten Jahre an Rußland zu fesseln, nachdem dieses durch die Begünstigung der Einverleibung Krakaus in Österreich ein Zerwürfniß zwischen diesem und England hervorgerufen hatte. Rußland unterließ es aber auch nicht, durch Einmischung in die deutschen Dinge Österreich und Preußen von neuem zu verfeinden, sowie England zu bestimmen, daß es mit der ungarischen Revolution sympathisiere und „Deutschland“ mißtrauisch betrachte, indem Rußland die Londoner Minister freundschaftlich auf den „maritimen Ehrgeiz“ der Deutschen aufmerksam machte.

Die Bewegung des Jahres 1848 bot Rußland natürlich wiederum Gelegenheit, sich als Vorkämpfer der konservativen Interessen zu gebärden. In ihrem Namen besetzte es die Donaufürstentümer und erpreßte von der Pforte den Vertrag von Balta Liman (1849), der die russischen Rechte über die Moldau und die Walachei erweiterte. Die Gelegenheit war ja zu günstig, da Österreich infolge der ungarischen Revolution ohnmächtig zusehen mußte. Aber Nikolaus ging in seinem Edelmute noch weiter, indem er seine Truppen in Siebenbürgen einrücken ließ, bis endlich nach der Schlacht von Vilagos Ungarn zu seinen Füßen lag. Nikolaus war keine romantische Natur, wie Friedrich Wilhelm der Dritte, die Hilfe, die er damals der habsburgischen Dynastie bot, sollte ihr ihre Ohnmacht zu Gemüte führen und sie an Rußland ketten, das, wie Vilagos zeigen sollte, ihr ihre Machtstellung garantieren könne. Daß man in Wien das Demütigende der Politik des Kaisers Nikolaus empfand, dafür ist der bekannte Ausspruch Felix Schwarzenbergs der beste Zeuge; er sprach von dem „schwärzesten Undank,“ den Österreich Rußland in der Orientfrage werde bezeugen müssen. Vorläufig hatte jedoch die Intervention Rußlands in Ungarn die Aussicht auf ein längeres Zusammengeh'n des Petersburger und des Wiener Kabinetts eröffnet und dadurch eine Annäherung zwischen England und Frankreich herbeigeführt. Rußland hatte sich genötigt gesehen, die Donaufürstentümer endlich wieder zu räumen, aber während es durch seine Agenten die Serben und die Bulgaren gegen die Pforte aufreizte und Montenegro zu einem wichtigen Stützpunkt seiner Politik machte, nahm Nikolaus die Annäherungsversuche an England wieder auf, um es durch die Aussicht auf eine Teilung der Türkei in sein Interesse zu ziehen. Die Fürstentümer sollten ein „unabhängiger“ Staat unter russischem Schutze

bleiben. Serbien und Bulgarien könnten dieselbe (!) Regierungsform erhalten, Ägypten und Kreta dagegen an England fallen. — Man sieht, wie uneigennützig Kaiser Nikolaus war. Daß dieser Teilungsplan ernst gemeint war, ist übrigens kaum anzunehmen; England sollte damit wohl nur hingehalten werden, bis man in Petersburg den geplanten Angriffskrieg gegen die Türkei diplomatisch vorbereitet hätte, kurz man wollte für diesen Fall ein englisch-französisches Gegenbündnis verhindern. In diesem Punkte täuschte sich Nikolaus allerdings. Napoleon der Dritte war ein andrer Diplomat als die Minister Louis Philipps. Montenegro hatte schon losgeschlagen, und Österreich hatte durch den Grafen Leiningen in Konstantinopel im Interesse der Erhaltung des Friedens interveniert, um die Pläne Rußlands zu durchkreuzen. Dies zu verhindern mußte Rußland durch Mentischikows Sendung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Pforte herbeiführen, ohne daß das Petersburger Kabinett mit dem Londoner vorher vollständig ins reine gekommen wäre. — Der Ausbruch und der Verlauf des Krimkrieges sind zu bekannt, als daß er wiederholt zu werden brauchte, nur einige Bemerkungen über die Haltung Österreichs und die Gesamtlage scheinen am Platze.

Hätte die Revolution 1848, besonders in Frankreich, gesiegt, dann wäre Kaiser Nikolaus zweifellos die Möglichkeit geboten gewesen, seine Pläne durchzuführen und mit der Türkei zu Ende zu kommen. Indem es jedoch Napoleon gelang, die revolutionäre Bewegung zu meistern, schuf er damit nicht nur die Möglichkeit eines französisch-englischen Bündnisses gegen Rußland, sondern gab auch Österreich den nötigen Rückhalt, sich trotz seiner vorausgegangnen Demütigung vor Rußland diesem in den Weg zu werfen. — Die Politik Österreichs im Krimkriege ist fast durchweg abfällig beurteilt worden. Vom rein österreichischen Standpunkt betrachtet ist diese Kritik berechtigt; von einer Undankbarkeit Österreichs gegen Rußland kann man jedoch nicht sprechen. Es standen Österreich damals zwei Wege offen, entweder eine Verständigung mit Rußland zum Zweck einer gemeinsamen Intervention in Konstantinopel, oder aber ein Bündnis mit den Westmächten. Österreich konnte sich für keinen der beiden Wege entscheiden, sondern wählte, zwischen der Wahrnehmung seiner Interessen und der Rücksicht auf Rußland schwankend, einen kostspieligen und nicht sehr rühmlichen Mittelweg, auf dem es wohl die direkte Bedrohung seiner Orientinteressen verhinderte, sich aber den Haß Rußlands erwarb, ohne dem Petersburger Kabinette Respekt und den Westmächten Achtung eingeflößt zu haben. Dabei muß jedoch bemerkt werden, daß Österreichs Tatkraft auch sehr wesentlich durch die Rücksicht auf Preußen gehemmt war, das unter russischem Einflusse stand, und von dem besorgt werden mußte, daß es die übrigen deutschen Staaten hindern werde, Österreich zu unterstützen, falls es in einen Krieg mit Rußland verwickelt würde.

Der Krieg war von den Westmächten schlecht vorbereitet worden, und die Unsicherheit der deutschen Verhältnisse hatte die russische Diplomatie wesentlich gefördert; trotzdem beweist der scheinbar geringfügige Inhalt des Pariser Friedens, daß in der Entwicklung der orientalischen Frage eine bedeutungsvolle Wendung eingetreten war. Der Pariser Friede berichtigte die

bessarabische Grenze, d. h. Rußland trat die Donaumündungen mit einem Streifen bessarabischen Gebietes ab; das Schwarze Meer wurde neutralisiert, und Rußland verpflichtete sich, an seiner Küste keine Seearsenale anzulegen und auf dem Schwarzen Meere nicht mehr Kriegsschiffe zu halten als die Türkei (je 6 zu 800 und je 4 zu 200 Tonnen); ebenso wurde das Donaudelta neutralisiert, und die Freiheit der Donauschiffahrt durch zwei Kommissionen gewährleistet, deren eine, aus Bevollmächtigten der Vertragsschließenden bestehend, die Stromarbeiten übernahm, während die andre, permanente, aus Abgeordneten der Westmächte zusammengesetzt, die Strom- und Schiffahrtspolizei ordnete und nach Auflösung jener (europäischen Kommission) für die Instandhaltung des Fahrwassers sorgen sollte; endlich wurden im Hat Humajum die schon im Hattischerif von Gülhane (1839) ausgesprochenen Grundsätze über die Gleichstellung der christlichen Untertanen der Pforte in Glauben, Sprache, Besteuerung und Unterfähigkeit genauer gefaßt, zugleich aber auch die Donaufürstentümer und die orientalischen Christen überhaupt der einseitigen Schutzherrschaft Rußlands entzogen.

Man hat seinerzeit diese Bestimmungen vielfach als unzureichend bezeichnet: zum Teil trifft das auch zu, aber ein ausschließliches Protektorat Rußlands über die orthodoxen Balkanvölker wurde seit dem Pariser Frieden nicht mehr anerkannt. Das war aber zunächst das wichtigste, weil dadurch die staatlichen Umbildungen auf der Balkanhalbinsel unter europäische Kontrolle gestellt wurden. In Petersburg selbst legte man übrigens darauf nicht viel Gewicht und hoffte nach wie vor, die christlichen Balkanvölker durch die Gemeinsamkeit des orthodoxen Bekenntnisses beherrschen zu können. Diese Annahme hat sich jedoch nicht als richtig erwiesen: Rußland hatte die Bedeutung der Konfessionalität überschätzt und die der Nationalität unterschätzt.

Zunächst zeigte sich das in der rumänischen Frage, deren Entwicklung allerdings alle diplomatischen Berechnungen zuschanden machte. Noch in Paris hatten Frankreich, England und Österreich einen Garantievertrag zur Aufrechterhaltung des Besitzstandes der Türkei abgeschlossen, aber Rußland hatte es sich angelegen sein lassen, sich alsbald mit Frankreich auf guten Fuß zu stellen und Österreich zu isolieren, um sich an ihm durch Förderung der italienischen Pläne Napoleons zu rächen. Die Übereinstimmung Rußlands und Frankreichs zeigte sich auch sofort in der orientalischen Frage, wenn auch die beiderseitigen Voraussetzungen verschieden waren. — Im Pariser Frieden waren die Donaufürstentümer unter europäische Garantie gestellt worden, indem zugleich Reformen angekündigt wurden. Frankreich schlug alsbald die Vereinigung der Moldau und der Walachei unter einem Wahlfürsten vor, in der Erwartung, daß das so zu schaffende Rumänien schon wegen seiner Anziehungskraft auf die Rumänen in Österreich und in Rußland Frankreich gute Dienste leisten würde. Rußland ging auf diesen Plan ein, um durch die Vereinigung ein Gebiet zu schaffen, auf das es zwar nicht mehr einen vertragsmäßigen, so doch vermöge des gleichen orthodoxen Glaubens den ausschlaggebenden Einfluß ausüben zu können glaubte. Die Türkei widerstrebte natürlich diesem Plane, und ebenso Österreich, das von der nationalpolitischen

Organisierung des Rumänentums eine Beunruhigung seiner Rumänen befürchtete. Die Sache wurde wie so oft nicht durch einen Vertrag sondern durch den Gang der Ereignisse erledigt, indem 1859 Alexander Cusa in beiden Fürstentümern zum Hospodar gewählt wurde. Fürs erste schien Rußland Recht behalten zu sollen, jedoch mit der Vertreibung Alexanders und der Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern vollzog sich ein Ereignis, das die Berechnungen aller Interessenten an der rumänischen Frage täuschte. Gerade die Vereinigung der beiden Fürstentümer, die Österreich gefürchtet und Rußland gewünscht hatte, hat die wichtige strategische Linie der untern Donau dauernd Rußland entzogen, Österreich im Südosten gedeckt und der russischen Angriffspolitik einen Kiegel vorgeschoben, den sie auch 1876 nicht zu sprengen vermochte.

Freilich hatten sich mittlerweile auch an andern Punkten Ereignisse vollzogen, die das Gesicht der orientalischen Frage gründlich veränderten. Österreich hatte nicht nur seine italienischen Besitzungen verloren, sondern war 1866 auch aus Deutschland dauernd ausgeschieden. Seine Entwicklung nach diesen beiden Seiten war abgeschlossen, zumal da der Verlauf des deutsch-französischen Krieges und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs unter Preußens Führung die Ergebnisse des Jahres 1866 sanktioniert hatten. Österreich war unter der Mitwirkung Rußlands geschwächt worden, aber dieses hatte keinen Gewinn davon; war Österreich vor dem Jahre 1866 nach drei Seiten hin offen gewesen, d. h. mußte es auf drei auseinanderliegende Punkte seine Aufmerksamkeit verteilen: auf Deutschland, Italien und den Orient, so konnte es nach dem Jahre 1871 seine tätige auswärtige Politik auf die orientalischen Dinge beschränken. Ihre auswärtigen Bedürfnisse wie auch der begreifliche Wunsch der Dynastie, die erlittenen Verluste zu ersetzen, ermöglichten der Monarchie nunmehr, als weit leistungsfähigerer Konkurrent Rußlands in der orientalischen Frage aufzutreten. Die Aufgabe der Wiener auswärtigen Politik war vereinfacht worden. Daneben hatte aber auch die Neugründung des Deutschen Reiches die Beziehungen der Mächte zur orientalischen Frage außerordentlich beeinflusst.

Das bekannte Wort Bismarcks von den Knochen des pommerischen Grenadiers, die Deutschland nicht dem Orient opfern dürfe, hat, richtig verstanden, wohl auch heute noch seine Gültigkeit; aber man würde irren, wollte man daraus schließen, daß erstens Deutschland kein Interesse an der Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel habe, und daß es zweitens niemals in die Lage gekommen sei, sie zu beeinflussen. Wir haben gesehen, daß eine der Hauptbedingungen für das Anwachsen Rußlands zu einer europäischen Großmacht die politische Ohnmacht des Deutschen Reichs war; daß die preussisch-österreichische Rivalität beide Staaten unter das Gebot Rußlands beugte, und daß sowohl Kaunitz als auch Friedrich der Große nur in einer Sammlung der deutschen Kräfte ein Mittel zur Abwehr der europäischen Herrschaft Rußlands sahen. Erst hundert Jahre später sollten sich diese Hoffnungen verwirklichen. Rußland hatte den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges benützt, sich der lästigen Beschränkungen zu entledigen, die ihm der Pariser

Friede für das Schwarze Meer auferlegt hatte; Bismarck ließ ihm dabei seine tatkräftigste Unterstützung, zwischen Berlin und Petersburg bestand eine durch das persönliche Verhältnis der beiden Kaiser verstärkte Übereinstimmung, und doch kann man schon fühlen, daß das Vorhandensein eines Deutschen Reichs an sich auf die russische Eroberungspolitik hemmend zu wirken beginnt. — In Rußland wirft man heute noch dem Fürsten Undank und Mißgunst gegen Rußland vor; mit Unrecht. Bismarck wollte die Erhaltung des europäischen Friedens, weil das neue Deutschland dessen zu seiner Konsolidierung bedurfte; dadurch kam seine Politik allerdings in einen gewissen Gegensatz zu der traditionellen Rußlands; er war bereit, Rußlands Pläne in jeder Weise zu fördern, aber nur so weit, als sie den Frieden nicht gefährdeten und damit den deutschen Interessen nicht zuwiderliefen. Die Zeit, wo sich preussische Minister ihre Instruktionen aus dem russischen Hotel in Berlin holten, war allerdings vorüber. Bismarck war für ein Zusammengehn mit Rußland, aber wie der alte Metternich einmal sagte, daß nichts nützlicher sei als das Bündnis zwischen dem Menschen und dem Pferd, man aber der Mensch und nicht das Pferd sein müsse, so war auch Bismarck sich dessen bewußt, daß Deutschland bei einem Zusammenwirken mit Rußland nur dann nicht der leidende Teil, daß es nur dann in stande sein würde, den europäischen Frieden gegen die revolutionären Traditionen Peters des Großen zu sichern, wenn die Europa mitten durchschneidende Linie von Kiel nach Triest von einer im guten Sinne konservativen Politik beherrscht würde. Daß Bismarck das Zeitalter der Revolutionen gut kannte und ihre bewegenden Kräfte und die Bedingungen ihrer Erfolge richtig einschätzte, beweist seine Haltung am Ausgang des preussisch-österreichischen Krieges. Aus seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ist bekannt geworden, mit welcher Energie er sich damals allem widersetzte, was bei dem österreichischen Hof unnötig einen Stachel der Demütigung und Verbitterung hätte zurücklassen können, denn schon damals rechnete Bismarck mit einem deutsch-österreichischen Bündnisse, das ganz in andern Sinne als die Heilige Allianz eine revolutionäre Entwicklung — die ja nicht immer die Jakobinermütze tragen muß — hintanhaltend sollte. Zum altenmäßigen Ausdruck kam dieser Gedanke Bismarcks zuerst in der vom 14. April 1867 datierten Depesche an Herrn von Werther, die auch schon die erste Skizze des Defensivbündnisses in Verbindung mit der orientalischen Frage aufweist. Beust trat damals dazwischen. Aber schon von Versailles aus (Dezember 1870) nahm Bismarck den Plan wieder auf und kam durch die Kaiserzusammenkunft in Tschl dem Ziel auch näher. Unterstützt wurde er dabei durch die Einsicht der damals in Ungarn maßgebenden Kreise. Die Krone hatte mit den Magyaren Frieden geschlossen und Ungarn seine staatsrechtliche Selbständigkeit im Rahmen einer dualistischen Verfassung wieder gegeben. Daß diese sich einlebe, war die erste Sorge der ungarischen Staatsmänner, dazu bedurften sie aber des Friedens. Andrássy, der damals das Auswärtige Amt in Wien leitete, ging deshalb bereitwillig auf die Pläne Bismarcks ein, und ein Bündnis der drei Kaiser schien das beste Mittel zu ihrer Verwirklichung zu sein, da es voraussichtlich auf das Verlangen Ruß-

lands nach einer Revanche für Sebastopol beruhigend wirken, mindestens aber zu einem Einverständnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in der Behandlung der Orientfrage führen und somit einen Zusammenstoß zwischen diesen beiden Mächten verhindern mußte. — Daß sich diese Erwartung nur zum Teil erfüllte, daran trugen die Eitelkeit Gortschakows, die Umtriebe Ignatiews in Konstantinopel und endlich wohl auch das Bestreben russischer Kreise schuld, sich dem gewaltigen Einflusse des Vorhandenseins des neuen Deutschen Reichs zu entziehen. In Petersburg wußte man wohl, daß Deutschland im eignen Interesse Plänen entgegentreten müsse, die geeignet wären, die Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu vernichten. Die Annäherung zwischen Wien und Berlin stellte nun Rußland vor die Alternative, entweder sich der österreichisch-deutschen Entente anzuschließen und in den orientalischen Dingen im Einverständnis mit Österreich-Ungarn vorzugehen, mithin auf jede einseitige Eroberungspolitik zu verzichten, oder aber zu ihrer Durchführung eine andre Allianz zu suchen. Frankreich kam zunächst in Betracht. Revancheideen und monarchische Restaurationsversuche hatten in Paris eine fieberhafte Stimmung erzeugt, und da man in Petersburg nicht säumte, durch Hinweise auf angebliche Vorbereitungen Deutschlands zu einem Angriffskrieg gegen Frankreich dieses zu erhitzen, schien das Dreikaiserbündnis gesprengt und der Abschluß eines russisch-französischen Kriegsbündnisses in nächste Nähe gerückt zu sein. Der Sturm wurde jedoch beschworen, und als im Jahre 1875 in der Herzegowina ein Aufstand ausbrach, dem russische Agenten nicht fernstanden, und sich auch die Serben erhoben, kam es zu einer Verständigung der drei Kanzler, der später im Juli 1876 das russisch-österreichische Abkommen von Reichstadt folgte, dessen Existenz heute nicht mehr bestritten wird, und dessen Inhalt nur insofern noch nicht ganz klar ist, als ganz in neuester Zeit von russischer Seite behauptet wird, daß damals Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina von Gortschakow zwar zugestanden, diese Abmachung jedoch von Kaiser Alexander dem Zweiten nicht ratifiziert worden sei.

Der wichtigste Punkt in dem sich aus dem Aufstand in der Herzegowina entwickelnden letzten russisch-türkischen Krieg ist das Eingreifen der rumänischen Armee, das Rußland die militärischen Erfolge des Feldzugs sicherte und ihm damit auch die Möglichkeit des Abschlusses des Vertrags von San Stefano bot. Rußland schien am Ziel seiner Wünsche zu sein; es sollte einen Teil Armeniens, Kars, Batum und Bajesid und in Europa die nördliche Donaumündung erhalten; die Dobrudscha aber sollte an Rumänien abgetreten, Serbien und Montenegro für unabhängig erklärt und endlich ein autonomes Fürstentum Bulgariens errichtet werden, das, von der Donau bis zum Ägäischen Meere reichend, Bulgarien und den größten Teile Rumeliens und Makedoniens umfassen, den Rest der europäischen Türkei also in zwei Teile zerschneiden sollte.

Diese letzte Bestimmung war die wichtigste, aber auch die anstößigste. — Von einer Andrassy nahestehenden Seite wurde später darüber gesagt: „Der Vertrag von San Stefano war eine Verletzung alles dessen, was Rußland bei Beginn des Krieges Deutschland und Österreich-Ungarn versprochen hatte.“ Aber die Erkenntnis dessen hätte Österreich-Ungarn nichts genützt, wenn sich

die Weltlage seit 1828 nicht so gründlich verändert hätte; wenn nicht durch die Gründung des neuen Deutschen Reichs eine Macht entstanden wäre, die schon durch ihr bloßes Bestehen und durch ihre natürlichen Beziehungen im europäischen Staatenverein Rußland gezwungen hätte, den Vertrag von San Stefano einem europäischen Kongresse zu unterbreiten. Im Februar 1878 besprach Bismarck im deutschen Reichstag den Stand der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Er legte besondern Nachdruck auf die Erhaltung der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu Rußland; indem er aber die ihm zugemutete Rolle eines Schiedsrichters ablehnte, gab er Rußland deutlich zu verstehen, daß die deutsche Politik durch Sympathien der Hofkreise zu einer aktiven Teilnahme für Rußland und gegen Osterreich-Ungarn nicht zu haben sei. — Diese Äußerungen illustrierten am deutlichsten die Veränderungen, die die Weltlage für den Orient seit der Sendung des Generals Müßfling erfahren hatte. Der Berliner Kongreß und der Berliner Friede stellte denn auch den Vertrag von San Stefano dahin richtig, daß das neue Fürstentum Bulgarien auf Bulgarien beschränkt und Ostrumelien in eine autonome türkische Provinz verwandelt wurde.

Rußland schien immerhin sehr viel erreicht zu haben. Es gelang ihm, seine Grenzen wieder bis zur Donaumündung vorzuschieben und in Bulgarien einen Staat zu schaffen, der trotz seines Suzeränitätsverhältnisses zur Pforte eine russische Provinz zu werden schien. Aber bei näherer Betrachtung kommt man zu dem Schlusse, daß alle diese Erfolge nur scheinbar waren. Die Entwicklung Rußlands nach dem Südwesten war schon zum Stillstand gekommen. Zunächst zeigte sich das in der Gruppierung der Mächte nach dem Berliner Kongresse. Seine Ergebnisse hatten in Rußland enttäuscht, die Erbitterung darüber machte, daß der aggressive Charakter Rußlands nach dem Westen hin noch einmal deutlich hervortrat. Deutschland war der Gegenstand der Verwünschungen, und wenn man in Petersburg und Moskau auch Unrecht daran tat, Bismarck der absichtlichen Schwämmerung russischer Interessen auf dem Berliner Kongresse zu zeihen, so war doch das Gefühl richtig, daß das Bestehen des Deutschen Reichs das Hindernis war, vor dem man Halt machen müssen. Deutschland zu zerschmettern, dieser Gedanke fand in der russischen Presse immer mehr Raum, und Bismarck konnte die richtige Antwort darauf nur in dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Bündnisses finden und dabei den Gedanken verwirklichen, der Felix Schwarzenberg allerdings in anderer Form als politisches Ideal vorgeschwebt hatte. Das deutsch-österreichische Bündnis war als Bürgschaft gegen die Revolution des Westens und des Ostens gedacht und hat sich als solche bewährt. — Wie aber die Geschichte aller Völker zeigt, daß ihre Taten schon in sich die Korrektur dagegen enthalten, daß sie über das menschliche Maß hinauswachsen, so hat sich auch Rußland selbst in all seinen Erfolgen seit dem Jahre 1856 ebensoviele Hindernisse für seine aggressive Politik geschaffen.

Wir haben das Eingreifen Rumäniens in den russisch-türkischen Krieg als das wichtigste Merkmal des Feldzugs bezeichnet. Es war es nicht nur wegen des Endergebnisses für Rußland, sondern auch für Rumänien, indem

die militärische Schlagfertigkeit, die die rumänische Armee bewies, den jungen Staat mit einem Stolz und einem Selbstbewußtsein erfüllte, die für seine spätere Stellung zu der orientalischen Frage umso bedeutungsvoller wurden, als der schlechte Dank, den Rußland dafür hatte, im Herzen des rumänischen Volks einen spitzen Stachel zurückließ. Die orientalische Politik Rußlands war nicht mehr so weit ausschauend wie ehemals. Um des momentanen Vorteils willen, den die Erwerbung des rumänischen Bessarabiens bot, wofür Rumänien das zweifelhafte Geschenk der Dobrudscha erhielt, setzte Rußland seinen Einfluß in Rumänien aufs Spiel, den es sich einst in blutigen, kostspieligen Kriegen errungen hatte. Allerdings erhielt Rumänien auf dem Berliner Kongresse seine Unabhängigkeit, aber nicht in dem Sinne der Pläne des Kaisers Nikolaus. Das nationale Gefühl der Rumänen, das durch die Vereinigung der Moldau und der Walachei sehr wesentlich gefördert worden war, nahm diese Unabhängigkeit ernst, und es bedurfte nur noch der Art und Weise, wie Rußland sich aus dem Gebiet Rumäniens bezahlt machte, daß Rumänien die Anlehnung an Rußland als ein schlechtes Geschäft erscheinen mußte. Wichtiger als der 1883 erfolgte Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis war für die Entwicklung der orientalischen Frage der in dasselbe Jahr fallende Besuch des Königs von Rumänien in Berlin, wenn auch der Abschluß einer Militärkonvention, die Rumänien an das Bündnis der mitteleuropäischen Mächte angliederte, erst später erfolgt ist.

Dieselben Erfahrungen wie in Rumänien sollte Rußland auch in Bulgarien machen. Auch dort unterschätzte es die organisatorische Kraft des nationalen Gedankens, indem es, auf das gemeinsame orthodoxe Bekenntnis und allslawische Sympathien bauend, sich in Sofia eine Expositur des Petersburger Kabinetts zu gründen glaubte. Schon unter Alexander von Battenberg entwickelten sich die Dinge in Bulgarien anders, als man in Petersburg wünschte. Das Streben Alexanders, sich auf die Bulgaren und nicht auf Rußland zu stützen, verstimmt an der Newa, und so sehr man in Petersburg ehemals gewünscht hatte, im Vertrag von San Stefano das neue Fürstentum Bulgarien so umfangreich als möglich zu gestalten, so sehr war man erbittert, als 1885 wirklich die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien eingeleitet wurde. Noch hoffte man, daß die nun gegen Bulgarien losbrechenden Serben die Vereinigung rückgängig machen würden, aber in den Schlachten von Slivniza und Pirots wurde die serbische Armee geschlagen, und Rußland mußte sich beeilen, durch schleuniges Eingreifen zu Gunsten Serbiens dieses vor einem Gebietsverluste zu retten. In allen ihren Hoffnungen wegen Bulgarien getäuscht, griff nun die russische Diplomatie wiederum zu revolutionären Mitteln, das junge Fürstentum unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Mit der Vertreibung des Fürsten Alexander schien es ihm auch gelungen zu sein, den bösen großbulgarischen Traum zu verscheuchen. Die Bildung einer revolutionären Regierung und die Sendung des Generals Kaulbars sollten die Lebenskraft des Landes brechen; aber diese erwies sich stärker als die russische Politik. Stephan Stambulow stürzte die provisorische Regierung, nötigte Kaulbars zum Verlassen des Landes und nahm die Idee einer selbständigen Entwicklung Bulgariens mit aller Kraft wieder auf, nachdem trotz aller Intrigen Ruß-

lands in dem Prinzen Ferdinand von Koburg ein neuer Fürst gefunden worden war. Stambulows Politik läßt sich mit wenig Worten bezeichnen: Verhinderung jeder europäischen Intervention in der orientalischen Frage. Nicht ein Krieg mit der Türkei, der notwendig die Dazwischenkunft der europäischen Mächte herbeiführen würde, erschien ihm als das richtige Mittel, die Entwicklung Bulgariens zur orientalischen Vormacht zu fördern, sondern im Gegenteil ein möglichst inniges Einvernehmen mit der Türkei, durch das die europäischen Mächte ferngehalten werden konnten, Bulgarien aber Zeit und Möglichkeit geboten wurde, in den durch den allmählichen Verfall der Türkei leer werdenden Raum hineinzuwachsen. — Eine solche Politik mußte Konstantinopel für Rußland unerreichbar machen. „Rußland fand — so bemerkt Anton Springer (Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden, 1863) bei Besprechung der griechischen Frage ganz richtig — die eignen Interessen nicht minder gefährdet durch ein kräftiges selbständiges Auftreten der christlichen Völkerschaften in der Türkei wie durch eine starke und ungehinderte Pfortenregierung. Die im Glauben oder in der Abstammung verwandten Völker an der untern Donau, Rumänen und Slawen, haben den hohen Preis des russischen Schutzes erst erfahren müssen und würden die ihnen aufgedrungne Freundschaft früher und heftiger zurückgewiesen haben, wenn nicht spröder Eigenwille und sittliche Verwilderung hier stets ein wüstes Parteileben befruchtet hätten, das dann immer wieder russischen Einflüssen den Zugang verschaffte. Das Ziel der russischen Staatsmänner blieb stets darauf gerichtet, die christlichen Stämme in der Türkei in einem Halbweisen von Knechtschaft und Selbständigkeit zu erhalten, sodaß sie, des russischen Schirmes bedürftig, sich den Wünschen des Petersburger Kabinetts gefügig zeigten, ohne aufzuhören, der Pforte Schwierigkeiten und Hemmungen zu bereiten. Sie werden nicht gänzlich fallen gelassen. Dieses verbietet die Rücksicht auf die religiösen Anschauungen im eignen Lande und auf den Machtzuwachs, der der Pforte dann zufallen würde. Sie werden aber auch an einer kräftigen selbständigen Entwicklung möglichst verhindert, damit sie nicht in politischen Dingen etwa nur das eigne Wohl befragen und schließlich den Eroberungsgelüsten Rußlands einen festen Dammbau entgegenstellen als bisher die Türken und Tataren.“

(Schluß folgt)



Effehard der Erste von St. Gallen und das Waltharilied



er rühmliche Eifer, den die Forschung in den letzten Jahren dem durch Scheffels Effehard weithin bekannten lateinischen Liede vom Helden Waltharius gewidmet hat, ist nicht unbelohnt geblieben. Deutlich übersehen man schon jetzt den gewonnenen Ertrag, und mit andern Augen sehen wir heute das Gedicht an als Jakob Grimm, der es vor mehr als sechzig Jahren mit andern lateinischen Gedichten des zehnten und elften Jahrhunderts herausgegeben hat. So scheint